

GEMEINSAME REFUGIEN

Zusammenwohnen in planetaren Zeiten

Ein Suchbild

In der Biologie sind Refugien Orte, an denen Leben Katastrophen überdauert. Nicht Bunker, sondern Keimzellen. Nach Zusammenbrüchen geht von ihnen neues Leben aus.

Dieser Gedanke lässt sich ins Politische übertragen. Europa setzt auf Abschottung: höhere Mauern, härtere Grenzen. Doch wer seine Grenzen gegen alles Lebendige abdichtet, zerstört am Ende das eigene Leben. Der Schild, den Europa vor sich hält, verletzt nach außen und verroht nach innen die, die ihn halten.

Gemeinsame Refugien denken Schutz anders: nicht als Panzer, sondern als geteilte Verletzbarkeit. Im planetaren Zeitalter gerät uns allen der Boden unter den Füßen in Bewegung – durch Klimazerstörung, durch Vertreibung, durch den Zerfall alter Sicherheiten. Die Unterscheidung zwischen Sesshaften und Flüchtenden trägt nicht mehr. Aber daraus folgt nicht unbedingt Heimatlosigkeit. Die hebräische Tradition kennt eine Figur, die einen anderen Ausgang zeigt: den *ansässigen Fremden*, der wohnt, ohne zu besitzen, und fremd bleibt, ohne ausgeschlossen zu sein. Gemeinsame Refugien sind Orte, an denen das Zusammenleben derart ansässiger Fremder möglich wird – auf einer Erde, die niemandem gehört.

Dieser Text ist keine Proklamation, sondern eine Flaschenpost. Adressiert an alle, die in der Zwischenzeit neue Formen des Zusammenlebens erproben wollen.

Andreas Lipsch

März 2026

*Doch ihr, ich bitte euch, wollt nicht in Zorn verfallen
Denn alle Kreatur braucht Hilf von allen.*
— Bertolt Brecht

Couldn't we be doing this differently?
— Kae Tempest

Vorbemerkung

Dieses Suchbild beginnt bei Asyl und Migration, doch es reicht darüber hinaus. Die Art, wie wir Schutz für die Verletzlichsten organisieren, könnte zur Blaupause werden für das Zusammenleben aller im planetaren Zeitalter. Ob Klimakrise, Wohnungsnot oder die Verteidigung demokratischer Räume gegen autoritäre Angriffe – überall stehen wir vor derselben Aufgabe: Schutz als geteilte Praxis und geteiltes Leben zu denken, nicht als Abschottung. Das Folgende ist als Einladung an Akteur:innen unterschiedlicher Felder gemeint, die an einer gemeinsamen Infrastruktur der Resilienz bauen wollen.

Der Text möchte einen Raum öffnen, der jenen Gedanken Asyl gewährt, die im Diskurs der Härte kaum Platz finden. Einen Ort, um geschützt etwas anderes auszuprobieren. Nicht laut, aber hartnäckig.

Risse im Schutzschild

Der Kampf um Menschenrechte und das Asylrecht hat Erfolge errungen, die wir gerade in diesen Zeiten nicht vergessen sollten. Der Migrationsrechtler Jürgen Bast spricht von einer „Vermenschenrechtlichung“ des Migrationsdiskurses seit den 1990er Jahren: eine Ausweitung der Rechtspositionen von Schutzsuchenden durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH), aber auch durch die stärkere Nutzung des menschenrechtlichen Vokabulars in zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Die territoriale Souveränität der Staaten wurde zugunsten rechtlich durchsetzbarer Ansprüche eingeschränkt. Flüchtlinge sollten keine hilflosen Bittsteller mehr sein, sondern Rechtssubjekte. Die Idee der Menschenrechte war durchaus wirksam. Sie hat real etwas verändert.

Und genau das macht sie zur Zielscheibe. Migration, vor allem Flucht, durchlöchert, schlägt Breschen, entgrenzt – immer. Sie ist die zentrale, die verstörende Herausforderung für Nationalstaaten und alles Abgeschottete. Wer in der undurchlässigen nationalen Wagenburg die einzig mögliche Lösung sieht, muss das Asylrecht als Bedrohung empfinden. Es sind gerade die Erfolge der Vermenschenrechtlichung, die den Backlash provozieren, den wir gerade erleben.

Im März 2020 lobte die Präsidentin der Europäischen Kommission das Vorgehen der griechischen Regierung, die Schutzsuchende mit Gewalt an der Einreise hinderte, mit bemerkenswerten Worten: „I thank Greece for being our European aspida in these times.“ Das griechische Wort bedeutet „Schild“. Mit dieser Wortwahl inszenierte von der Leyen Europa als verletzlichen Körper, der dringend geschützt werden muss – vor unbewaffneten Menschen in seeuntauglichen Booten. Europa hält einen Schild gegen Menschen, die selbst keinen Schild haben. So wird aus dem Schutz von Flüchtlingen ein Schutz vor Flüchtlingen. Das Menschenrecht auf Asyl wird vor Asylsuchenden „geschützt“, indem der Zugang zu ihm versperrt wird. Das Recht bleibt als antiker Schmuck Europas erhalten, wird allerdings unerreichbar für die, die es brauchen.

Doch der Schild schützt nicht nur nicht, er transformiert die, die ihn halten. Grenzbefestigungen wirken nicht nur nach außen, sondern vor allem nach innen. Mauern und Zäune erzeugen in den Gesellschaften, die sie errichten, jene Bedrohungsgefühle, die sie eigentlich fernhalten sollten. Sie schaffen sich ihren eigenen Bedarf.

Schlimmer noch: Die Normalisierung von Gewalt an den Grenzen erodiert die moralischen Standards im Inneren und führt zu einer schleichenden Verrohung. Volker Heins und Frank Wolff haben das einen „Faschismus der Herzen“ genannt. Was an der Außengrenze erlaubt ist, setzt den Maßstab für das, was im Inneren denkbar wird. Polizeiliche und militärische Infrastrukturen werden weniger hinterfragt, Grund- und Menschenrechte untergraben.

Mit dem Philosophen Roberto Esposito lässt sich das als pathologische Immunisierung beschreiben: Wer sich gegen alles Fremde immunisieren will, zerstört am Ende das eigene Leben, weil er alle vitalen Austauschprozesse kappt. Die Theologin Hildegund Keul hat für diese Dynamik ein präzises Begriffspaar vorgeschlagen: Sie unterscheidet *Vulnerabilität*, die Tatsache, verletzbar zu sein, die alle Lebewesen teilen, von *Vulneranz*, der aktiven Macht, andere zu verletzen. Das eine ist Grundkondition, das andere Handlung. Wer Mauern baut, verwandelt seine eigene Verletzbarkeit in Verletzungsmacht. Das europäische Grenzregime produziert ge-

nau diese Vulneranz: Es verletzt nicht trotz, sondern durch seine Schutzmaßnahmen. Das Ergebnis ist nicht Sicherheit, sondern eine Macht, die sich als Schutz verkleidet, nach außen tötet und nach innen die Demokratie aushöhlt.

Um dieser Dynamik entgegenzutreten, braucht es weiter die Kämpfe um Menschenrechte und das individuelle Asylrecht. Aber sie reichen nicht. Es braucht mehr als juridische Siege, die morgen schon wieder unterlaufen werden. Wir brauchen Beispiele, wie es anders gehen könnte, Projekte, die mitten im falschen Leben am richtigen arbeiten, Bilder – nein, mehr als Bilder: Präfigurationen einer anderen, gelingenden Zukunft. Orte, an denen eingeübt und gelebt werden kann, was statt immer mehr Hass und Härte kommen könnte.

Darum dieses Suchbild. Ich nenne es *Gemeinsame Refugien*.

Der Nationalstaat und sein Flüchtling

Erzwungene Migration hat es immer gegeben. Und immer waren zwei Voraussetzungen damit verbunden: gehen zu können und ankommen zu dürfen. Es dürfte noch nie so schwierig gewesen sein anzukommen wie heute. Das hat zentral mit der Konstruktion souveräner Nationalstaaten zu tun. Die Westfälische Ordnung von 1648 – ein europäisches Arrangement, das sich später gewaltsam globalisierte – band Bürger an „ihre“ Territorialstaaten und verschloss diese zugleich gegen alle, die nicht dazugehören sollten. Je enger Staatsangehörigkeit und Rechte aneinander geknüpft wurden, desto schärfer wurden die Prozesse der Ausgrenzung, bis hin zur Staatenlosigkeit. Es ist der Nationalstaat selbst, der dem Flüchtling erst seine normative Bedeutung verleiht: jemand zu sein, der nirgendwo ankommen darf. Nicht die Flucht allein, sondern die Schwierigkeit, anderswo Zuflucht zu finden, erzeugt den Flüchtling.

Immanuel Kant war der erste, der darauf hinwies, dass Flüchtlinge Rechte auch gegenüber souveränen Staaten haben, weltbürgerliche Rechte. Ein Fremdling darf, so Kant, seiner Ankunft wegen nicht feindselig behandelt und abgewiesen werden. Das ist im Kern das Refoulement-Verbot, das später in der Genfer Flüchtlingskonvention völkerrechtlich verankert wurde. Mit diesem Weltbürgerrecht wird die Vorstellung absoluter staatlicher Souveränität gestört. Das Recht des Flüchtlings zwingt den Staat, sich zurückzunehmen, vulnerabel zu bleiben.

Dass dieses Recht in der Praxis ausgehöhlt wird, habe ich beschrieben. Die Frage ist, was daraus folgt.

Hannah Arendt hat diese Frage am weitesten gedacht. Für sie waren Flüchtlinge nicht ein Problem, sondern die „Avantgarde der Völker“: keine bloßen Opfer, sondern Vorhut einer Entwicklung, die potentiell alle betrifft. In der Existenz des Flüchtlings wird sichtbar, was der Nationalstaat verdeckt: dass – wie Arendt selber es erfahren hatte – die Menschenrechte an den Grenzen faktisch enden, dass Zugehörigkeit kontingent ist, dass jeder zum Flüchtling werden kann. Und deshalb sind es nach Arendts Verständnis nicht die Flüchtlinge, die sich an bestehende Staaten anpassen müssen. Vielmehr müssten die Gemeinwesen so umgestaltet werden, dass sie nicht länger Flüchtlinge und Staatenlose produzieren.

Das „Recht auf Rechte“, das Arendt das erste und einzige wirkliche Menschenrecht nennt, ist das Recht auf Zugang zu einer politischen Gemeinschaft. Oft wurde das als Recht auf Mitgliedschaft in einem Nationalstaat verstanden, doch das ist ein Missverständnis, wie Christoph Menke gezeigt hat. Es geht nicht darum, dass Schutzsuchende Mitglied werden können, als müsste man sie erst hineinlassen. Es geht darum, anzuerkennen, dass sie als Menschen immer schon Mitglied sind.

Menke spitzt das zu: Der Mensch *hat* nicht einen Anteil an der Gemeinschaft, er *ist* ein Anteil. Es gibt niemanden, der nicht Teil des sozialen Gewebes ist; es gibt nur politische Ordnungen, die diese Tatsache gewaltsam ignorieren. Anders formuliert: Das Recht auf Rechte fordert eine politische Form, in der diese unkündbare Mitgliedschaft endlich sichtbar wird, eine Verfasstheit, die der Nationalstaat nicht bieten kann.

Asyl ist in diesem Sinn *antizipatorisch*: Es ist die Gegenwart einer Zukunft, die noch nicht verwirklicht, aber schon wirksam ist. Der Flüchtling ist da. Das Gemeinwesen, das ihm gerecht wird, noch nicht.

Schutz für alle – eine kühne Behauptung

„Denn alle Kreatur braucht Hilf von allen.“ Leicht abgewandelt taugt Brechts berühmte Zeile zum Leitmotiv für unser planetares Zeitalter: Alle Kreatur braucht nämlich *Schutz* von allen.

Schutz ist das Megathema unserer Zeit. Das alte Versprechen der Moderne, die Risiken des Lebens kontrollieren zu können, ist brüchig geworden. In Zeiten des Klimawandels und der Polykrisen spüren wir den Kontrollverlust. Das Schutzbedürfnis ist allgegenwärtig, und es greift tiefer als je zuvor. Nicht mehr nur der einzelne Mensch, die menschliche Spezies als ganze ist gefährdet.

Doch je dringlicher das Bedürfnis, desto lauter auch die bange Frage: Kann überhaupt allen geholfen werden? Oder diktiert die Logik des Überlebens, dass manche zurückgelassen werden müssen? Der Satz „Es können doch nicht alle ...“ ist das stille Gift dieser Jahre. Er macht aus Schutz ein Nullsummenspiel: Sicherheit für uns, erkaufte durch den Ausschluss der Anderen. Genau das ist das Angebot der Rechten, von den Populisten bis zu den Extremisten: Wir schützen euch vor denen. Und viele haben sich in der Mentalität des Gated Continent schon eingerichtet, in der traurigen Hoffnung, hinter den Mauern etwas länger durchzuhalten als die, die draußen jetzt schon untergehen.

Alle sind schutzbedürftig. Und alle sollen Schutz finden. Das sind heute die vielleicht kühnsten, am meisten bezweifelte Sätze. Wer an ihnen festhält, muss die Logik der Selektion verweigern. Und das heißt: die eigene Schutzbedürftigkeit nicht *gegen*, sondern *mit* anderen leben. Die Verletzbarkeit teilen, statt sie zu verleugnen. Nicht den Verletzbarsten einen Schild entgegenhalten, sondern mit der eigenen Verwundbarkeit souveräner umgehen, politisch keine unverwundbare, sondern eine *vulnerable Souveränität* wagen.

Einen Vorschein davon gab das Flüchtlingsrecht, wie es in der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Refoulement-Verbot Gestalt annahm. Schutz wurde als Rechtsanspruch verstanden, nicht als Gnade. Und damit war ein Anfang gemacht: Der Staat ließ seine Souveränität begrenzen. Die Frage ist, ob sich diese Linie verlängern lässt. Und ob sie weit genug reicht, wenn in planetaren Zeiten nicht mehr nur Menschen Schutz brauchen, sondern das *Netz des Lebens* selbst.

Alle müssen gehen – Die planetare Wende

Um diesen erweiterten Schutzanspruch zu denken, müssen wir auch unser Verständnis von Mobilität radikalisieren. Im planetaren Zeitalter ist sie keine Ausnahme mehr, die nur „die Anderen“ betrifft. Sie wird zur Grundkondition.

Wir sind gewohnt, Migration als Bewegung von Menschen über Grenzen zu denken. Doch im Anthropozän wandert nicht nur der Mensch, auch der Boden unter seinen Füßen gerät in Bewegung. Bruno Latour hat diese Erfahrung in ein prägnantes Bild gefasst: Zu den Migranten von außerhalb, die um den Preis ungeheurer Tragödien Grenzen überschreiten müssen, um ihr Land zu verlassen, kommen jetzt jene inneren Migranten, die an Ort und Stelle verbleiben und

dramatisch erleben müssen, wie ihr Land sie verlässt. Wenn Dürren den Ackerboden unfruchtbar machen oder Fluten das Ahrtal verwüsten, verlieren auch die vermeintlich Sesshaften ihre Heimat.

Anders gesagt: Wenn es denn eine „Migrationskrise“ gibt, dann ist es diese allgemeine, die allen den Boden unter den Füßen wegzieht. Wir sitzen zusammen im selben Boot einer neuen Instabilität, auch wenn die einen sich noch auf dem Deck der geschützten Zonen sonnen und die anderen in bereits gefluteten Unterdecks ausharren. Die alte Trennung in Geber (souveräne Staaten) und Nehmer (Schutzsuchende) kollabiert. Was bleibt, ist geteilte Verletzbarkeit. Und die betrifft nicht nur uns Menschen.

Die Klimaforschung spricht schon länger von „marching trees“: Die Weißtanne etwa zieht sich nach Norden zurück, folgt der Kälte, dem Wasser, der Möglichkeit zu atmen. Sie flieht nicht im politischen Sinn, aber sie nimmt ihr Recht wahr, dort zu sein, wo Leben möglich ist. Oder der Aal: Er wird in der Sargassosee geboren, wandert tausende Kilometer nach Europa und verwandelt sich dabei mehrfach. Migration ist für ihn kein Ausnahmezustand, sondern seine Art zu werden. Er lebt im großen Dazwischen. Aus seiner Sicht ist Migration nicht die „Mutter aller Probleme“; sie ist die Mutter allen Lebens.

Was folgt daraus? Der Historiker Dipesh Chakrabarty hat es in drei Imperative gefasst: Schutz für alle Menschenleben, nicht nur die der Privilegierten. Schutz für die Biodiversität, die die Bewohnbarkeit des Planeten garantiert. Und ein bewusster Rückzug: Die Menschheit muss lernen, weniger Raum einzunehmen, um anderen Lebensformen Platz zu lassen. In einem Satz: Der humanozentrische Gedanke der *Nachhaltigkeit* muss dem planetozentrischen der *Bewohnbarkeit* weichen.

Wir brauchen Räume, in denen die Verletzbarkeit aller und von allem nicht als Schwäche gilt, sondern als Signatur des Lebens. Orte, die Bewohnbarkeit für dieses mehr-als-menschliche Leben ermöglichen, statt es auszugrenzen.

Solche Orte sind noch nicht entworfen. Aber es gibt Vorarbeiten, an die angeknüpft werden kann.

Refugia – eine Heterotopie

Wie könnte ein Gemeinwesen aussehen, das der „Avantgarde der Völker“ eher gerecht wird als ein Nationalstaat? Darüber haben die Migrationsforscher Nicholas Van Hear und Robin Cohen nachgedacht. Aus den vielen Vorschlägen, die vor allem in den Jahren der großen Fluchtbewegungen 2015ff. kursierten – von humanitären Korridoren bis zu neuen Städten –, haben sie einen eigenen Entwurf destilliert und ihn „Refugia“ genannt.

Dabei stellen sie sich kein neues, abgegrenztes Territorium vor, keine Inseln im Meer, sondern einen transnationalen Archipel. Ein Gefüge aus Orten, Nischen und Stadtteilen, das sich über die bestehenden Grenzen hinwegspannt. Sie verstehen das nicht als ferne Utopie, sondern als Heterotopie, die an reale Praxen anknüpft. Denn Vorformen dieses Archipels existieren bereits: in den transnationalen Netzwerken der Diasporas, in den Geldtransfers, die Familien über Kontinente hinweg verbinden, in selbstorganisierten Communities von Geflüchteten. Lauter Fragmente einer Ordnung, die quer zu den Nationalstaaten liegt.

Van Hear und Cohen denken diese Fragmente zu einem konföderalen Gemeinwesen weiter. In ihm könnten Menschen, die heute im Limbus der Rechtlosigkeit ausharren, einen autonomen Status erhalten, ohne in einem Nationalstaat „ankommen“ zu müssen. Aktivist:innen nennen solche Orte treffend „Somewherelands“: Man ist nicht *anywhere* (beliebig), aber auch nicht *nowhere* (ausgeschlossen), sondern *somewhere* – irgendwo verankert und doch im Dazwischen.

Das Modell nimmt die Avantgarde ernst. Es setzt voraus, dass politische Zugehörigkeit nicht an ein Territorium gebunden sein muss, und versucht, die Not derer, die zwischen den Ordnungen stehen, in etwas Neues zu wenden: eine Zugehörigkeit jenseits des Nationalstaats.

Was aber hält das Archipel Refugia in diesem Jenseits zusammen? Was stiftet dort Solidarität? Der Soziologe Thomas Faist hat diese Frage gestellt. Wenn die klassische nationale Erzählung wegfällt und Menschen unterschiedlicher Herkunft, Klasse und Religion zusammenkommen, was eint dann diese neue Gemeinschaft? Reicht die Erfahrung der Flucht, um eine kollektive Identität zu begründen?

Faist deutet eine Antwort an, die den Rahmen der klassischen Flüchtlingspolitik sprengt. Er fragt, ob nicht die Mobilität selbst der neue Anknüpfungspunkt sein könnte, und zwar jene Mobilität, die als unausweichliche Konsequenz der anthropogenen Klimazerstörung auftritt. Wenn im planetaren Zeitalter alle gehen müssen, könnte das die Grundlage einer neuen Solidarität sein.

Gemeinsame Refugien – Das Suchbild

Faists Gedanke lässt sich weiterrücken. Refugia denkt von „klassischen“ Geflüchteten her. Wenn klimawandelbedingte Mobilität aber weite Teile der Menschheit erfassen wird, brauchen wir Refugien, die größer gedacht sind – nicht nur für Geflüchtete, sondern für alle, die Schutz brauchen, Menschen und Nicht-Menschen. Räume, in denen wir gemeinsam lernen, das verwobene Leben auf diesem Planeten zu schützen. Das meine ich mit *Gemeinsamen Refugien*.

Der Begriff ist bewusst doppeldeutig. „Gemeinsam“ meint: geteilt zwischen denen, die schon da sind, und denen, die ankommen. Nicht Gastfreundschaft von oben herab, sondern Solidarität unter gleichermaßen Verletzbaren. Es meint aber auch: geteilt mit dem mehr-als-menschlichen Leben, das dieselben Räume bewohnt und dieselben Bedrohungen erfährt. Und schließlich: verbunden über Grenzen hinweg, als Archipel, nicht als Festung.

Roberto Esposito hat darauf hingewiesen, dass das Wort *communitas* (Gemeinschaft) von *cum munus* stammt. Munus bedeutet im Lateinischen zugleich Bürde, Verpflichtung und Gabe. Etwas, das man schuldet, nicht etwas, das man hat. Gemeinschaft wäre demnach kein Besitz, kein Territorium, das es zu verteidigen gilt. Ihr Kern ist vielmehr ein Mangel: eine geteilte Verpflichtung, etwas von allen zu Erbringendes, das stets noch aussteht. Wir gehören zusammen nicht durch das, was wir gemeinsam haben, sondern durch das, was wir einander schulden. *Gemeinsame Refugien* wären Orte, an denen diese ursprüngliche Bedeutung von Gemeinschaft wieder lebendig wird.

Die italienische Philosophin Donatella Di Cesare hat für diese neue Form des Zusammenlebens eine alte Figur wiederentdeckt: den *ger*, den „ansässigen Fremden“ der hebräischen Tradition. Das Wort birgt ein Paradox: Im Hebräischen haben „Fremder“ und „Wohnen“ nämlich dieselbe Wurzel. Ger (der Fremde) leitet sich von *gûr* (wohnen) ab. Was heißt: Der Fremde ist immer auch ein Wohnender, und der Wohnende bleibt immer auch fremd. Niemand ist so sesshaft, dass er aufhört, Gast zu sein auf dieser geteilten Erde.

Das Wort *gûr* erinnert daran, dass auch Wohnen ursprünglich nicht Besitznahme meinte, sondern vorübergehenden Aufenthalt. Es ist ein Verweilen im Übergang. Man kann Aufenthalt nehmen, ohne Wurzeln zu schlagen, kann ansässig sein und trotzdem nur flüchtig bleiben. Am Horizont dieser Denkfigur erscheint ein Territorium, das immer schon bewohnt ist, das Einzelne nur vorübergehend und nie allein bewohnen können, und das niemand besitzt.

Ein solches Territorium verlangt einen anderen Umgang mit Verletzbarkeit. Hildegund Keul hat dafür den ‚doppelten Blickwechsel‘ vorgeschlagen: den Fokus von der Angst vor Verletzung

auf die eigene Vulneranz verschieben, auf die Macht zu verletzen. Einen derart reflexiven Umgang mit Verletzbarkeit nennt sie souverän.

Vulnerable Souveränität würde in der Praxis bedeuten: Der Staat erkennt an, dass er nicht alles kontrollieren kann, und tritt an bestimmten Orten zurück. Er gewährt dem Leben Raum, analog zum *Zimzum*, mit dem die jüdische Mystik die Selbstkontraktion beschreibt, durch die Gott der Welt Raum zur Entfaltung gibt. Konkret hieße das: Der Staat begrenzt seine Zugriffsmacht, um Inseln des Schutzes entstehen zu lassen. Das wäre nicht Schwäche, sondern Stärke, die Raum gibt.

Dass so etwas durchaus realisierbar ist, zeigt die Vermenschenrechtlichung des Migrationsdiskurses, von der oben die Rede war. Staaten können zur Selbstbegrenzung gebracht werden, vielleicht nicht durch Einsicht, wohl aber durch Rechtskämpfe und zivilgesellschaftlichen Druck. Der EGMR, der EuGH, die Bewegungen für Flüchtlingsrechte haben reale Breschen in die staatliche Souveränität geschlagen. Das war *Zimzum*, erkämpft von unten. Jede dieser Breschen hat eine Leerstelle erzeugt, in der anderes Leben möglich wird. Die Menschenrechte und das Völkerrecht verteidigen und zugleich Orte schaffen, die vorwegnehmen, was sie versprechen – das wäre die Bewegung, die jetzt ansteht.

Es ginge darum, die zurückgenommene Souveränität weiterzudenken, über das Recht hinaus, bis hinein in die Praxis Gemeinsamer Refugien. Ein Gemeinsames Refugium wäre eine bewusst offen gelassene Leerstelle im Gewebe staatlicher Ordnung. Ein Ort, an dem nicht das Recht des Stärkeren gilt, sondern das „Recht auf Rechte“, das Recht, überhaupt Rechte zu haben. Orientiert an Menschenrechten und der physischen Notwendigkeit des Überlebens. Kein rechtsfreier Raum, sondern ein Raum anderen Rechts.

Wer würde dazugehören? In den Refugien wäre nicht das Prinzip der Abstammung handlungsleitend, sondern das Prinzip der Anwesenheit. Das Prinzip wäre schlicht: Wer da ist, gehört dazu. Doch es handelte sich um eine besondere Form der Mitgliedschaft: eine *Nicht-Nicht-Zugehörigkeit*. Die doppelte Verneinung ist entscheidend. Sie meint erstens: Niemand ist ausgeschlossen, niemand ist *nicht* Teil des Ganzen. Aber sie meint auch zweitens: Niemand wird vereinnahmt, niemand muss einer identitären Wir-Gruppe *gehören*, um Schutz zu verdienen. Wie an einem Tisch, an dem nicht gefragt wird, wer eingeladen ist: eine Gemeinschaft von *ansässigen Fremden*, die ihre Endlichkeit und Verletzbarkeit teilen, wohnend und fremd zugleich, auf einer Erde, die niemandem gehört.

Heterotopien unter uns

bleibt das bloße Theorie? Ein Ideal, das an der Realität der Macht zerschellen muss?

Ich denke nicht. Zumindest Vorformen Gemeinsamer Refugien existieren bereits. Heterotopien: wirkliche Orte, die als Gegenlager fungieren und in denen die Regeln der Gesellschaft gleichzeitig repräsentiert, bestritten und gewendet werden. Ich nenne hier exemplarisch nur drei:

Das **Kirchenasyl** ist eines der schon älteren Beispiele. Eine Gemeinde gewährt Menschen, denen Abschiebung droht, physischen Schutz. Eine Gruppe stellt sich einem Behördenhandeln entgegen, das nach ihrer Überzeugung nicht mit den Grundwerten der Verfassung, der Menschenwürde und den Menschenrechten vereinbar ist. Sie üben weniger „Ungehorsam“ als vielmehr *zivilen Menschenrechtsgehorsam*. Und erleben dabei miteinander nicht selten die verwandelnde Kraft eines Raums, in dem Verletzbare einander Beistand schenken.

Das Wort „Parochie“ kommt von *paroikia*, der Gemeinschaft der Fremdlinge, der Beisassen ohne Bürgerrecht. Wer Kirchenasyl gewährt, erinnert sich, ob er es weiß oder nicht, an diesen verschütteten Namen. Die *Gemeinde* war selbst einmal ein Refugium von Fremden, die einander Schutz gaben. Die *paroikia* ist gewissermaßen der *ger* im Plural.

Ein solcher Raum lässt sich nicht ignorieren. Der Staat verzichtet bisher meist auf den direkten Zugriff, oft zähneknirschend, weil die politischen Kosten einer Räumung zu hoch erscheinen. Doch selbst dieses Zögern zeigt, dass Souveränität nicht absolut ist. Wo Bürger:innen sich schützend vor andere stellen, zwingen sie den Staat in eine Form des *Zimzum*: Sie nötigen ihn zur Selbstbegrenzung, um humanitären Raum zu lassen. Und alle erfahren ganz praktisch, dass Schutz durch Beziehung stärker sein kann als Schutz durch Abgrenzung.

Die Bewegung der **Sanctuary Cities** und des **Neuen Munizipalismus** erweitert dieses Prinzip ins Urbane. Hier wird die Stadt zum Gegenentwurf des Nationalstaats. Während dieser Grenzen zieht, muss die Stadt das tägliche Zusammenleben organisieren. Die globale Allianz der „Fearless Cities“ – von Barcelona bis New York – setzt der rechten Politik der Angst eine Politik der Fürsorge entgegen. Sie nennen es die „Feminisierung der Politik“: Radikale Demokratie von unten, die das Gemeinwohl ins Zentrum stellt.

In den „Sicheren Häfen“ manifestiert sich das Prinzip der ansässigen Fremden: Der Zugang zum Gemeinwesen hängt nicht am Pass, sondern an der Anwesenheit. Man gehört dazu, weil man hier lebt und den Raum teilt. Hier blitzt eine Urban Citizenship auf, die inklusiver ist als die nationale, ein Refugium, das Souveränität nicht als Härte versteht, sondern als Sorge.

Die **Zones à Défendre (ZAD)** – Zonen, die es zu verteidigen gilt – erweitern den Begriff des Refugiums in die ökologische Dimension. Entstanden aus Kämpfen gegen Großprojekte wie Flughäfen oder Stauseen, besetzen Aktivist:innen bedrohte Areale, um sie zu schützen und neue Formen des Zusammenlebens zu erproben.

Hier wird die mehr-als-menschliche Dimension konkret. Es geht nicht nur um menschliche Gemeinschaften, sondern um die Verteidigung von Lebensräumen, die Menschen, Tiere, Pflanzen und Ökosysteme teilen. „Wir verteidigen nicht die Natur, wir sind die Natur, die sich verteidigt“ lautet ein Slogan der Besetzenden. Solche Zonen perforieren das Gewebe des Bestehenden. Es geht nicht darum, den Status quo frontal einzureißen, sondern ihn zu durchlöchern, wie Michael Hirsch und Kilian Jörg es formulieren. *Vulnerable Souveränität* würde diese „Löcher“ nicht schließen, sondern als Atmungsorgane einer anderen Ordnung nutzen.

Noch sind solche Orte Inseln. Doch die Kraft liegt nicht in der Größe der einzelnen Insel, sondern in ihrer Verbindung. Wenn sich die Heterotopien vernetzen, wenn das Kirchenasyl mit der Sanctuary City kooperiert und diese von der ZAD lernt, entsteht jener transnationale Archipel, der die Grenzen der Nationalstaaten sicher nicht einfach löschen, aber durchlässig machen kann.

In der Zwischenzeit – eine Einladung

Refugien existieren. Aber sie existieren in einer Zeit, in der noch nichts entschieden und vieles offen ist. Antonio Gramsci hat eine ähnliche Epoche einmal so charakterisiert: Das Alte stirbt, das Neue ist noch nicht geboren. Man kann sich diese Phase wie zwei Schleifen vorstellen: Dominante Systeme haben ihren Zenit überschritten und zerfallen, während neue Formen erst im Werden sind, noch fragil und kaum sichtbar. Die Kurven überkreuzen sich.

In solchen Zeiten gedeihen die Vereinfacher. Die autoritäre Rechte hat ihre Zukunftserzählung längst parat: höhere Mauern, härtere Grenzen, das Eigene zuerst. Sie füllt das Vakuum mit falscher Klarheit. Sie verspricht Sicherheit durch Ausschluss und vertieft damit die Wunden, die sie zu heilen vorgibt.

Gegen diese Erzählung reicht es nicht, nur zu verteidigen. Wir müssen zugleich retten und transformieren. Das Asylrecht schützen, Schlimmeres verhindern und zugleich Refugien entdecken, schaffen und verbinden, ein planetares Zusammenwohnen einüben, das alle Menschen und die mehr-als-menschliche Welt einschließt.

Es ist eine Praxis, die an vielen Orten schon begonnen hat, überall dort, wo Menschen Räume öffnen, statt sie zu schließen. Die Frage ist, ob diese Inseln sich finden, ob sie sich verbinden lassen zu einem Archipel, der offen genug ist, um die unterschiedlichsten Gestalten Gemeinsamer Refugien und eine Pluralität von Lebens- und Zukunftsentwürfen zu beherbergen. Zugleich müssen alle zusammen sperrig genug sein, um dem Durchmarsch der Autoritären und Faschisten zu widerstehen.

Dieser Text endet nicht mit einem Ausrufezeichen, sondern mit einem Fragezeichen.

Ich frage in verschiedene Richtungen:

An die Klima-Initiativen: Sind Orte des Post-Wachstums und der Regeneration nicht auch Refugien? Räume, in denen Bewohnbarkeit gegen die Zerstörung verteidigt wird?

An die Kämpfe um Boden und Vergesellschaftung: Wenn Grund und Boden keine Ware mehr sein sollen, schaffen wir dann nicht das materielle Fundament für Refugien?

An die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften: Sind Orte der Solidarität, von der solidarischen Küche bis zum Streikposten, nicht Refugien, in denen Würde gegen Verwertung verteidigt wird?

An die antirassistischen Initiativen: Sind eure Safe Spaces und Empowerment-Räume nicht Inseln im aggressiven „Wir“? Orte, die sich seinem Zugriff entziehen?

Ist dieses Suchbild anschlussfähig? Ich lade ein zu prüfen, wo es etwas erhellt – und wo es vielleicht auch in die Irre führt. Wer die Flaschenpost aufhebt, ist jedenfalls eingeladen, am Gedanken weiterzuweben.

#offengeht – heute, in dieser Zwischenzeit, vielleicht am ehesten in Gemeinsamen Refugien.

Literatur

- ARENDT, HANNAH: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München: Piper 1986
- ARENDT, HANNAH: Wir Flüchtlinge, Stuttgart: Reclam 2016.
- BAST, JURGEN: Vermenschenrechtlichung. Thesen zu einer Theorie migrationsgesellschaftlicher Diskurspraxis, URL: <https://doi.org/10.22029/jlupub-20079> 15.12.2025
- BRECHT, BERTOLT: Die heilige Johanna der Schlachthöfe, Berlin 1931.
- CHAKRABARTY, DIPESH: Das Klima der Geschichte im planetarischen Zeitalter, Berlin: Suhrkamp 2022.
- DI CESARE, DONATELLA: Philosophie der Migration, Berlin: Matthes & Seitz 2021.
- ESPOSITO, ROBERTO: Communitas. Ursprung und Wege der Gemeinschaft, Berlin: diaphanes 2004.
- ESPOSITO, ROBERTO: Immunitas. Schutz und Negation des Lebens, Berlin: diaphanes 2004
- FAIST, THOMAS: Exit. Warum Menschen aufbrechen. Globale Migration im 21. Jahrhundert, München: C.H. Beck 2022.
- FOUCAULT, MICHEL: Die Heterotopien / Les hétérotopies. Der utopische Körper / Le corps utopique, Frankfurt a.M. 2005.
- GRAMSCI, ANTONIO: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Band 2, Heft 3, § 34, Hamburg: Argument 1991.
- HEINS, VOLKER M. / WOLFF, FRANK: Hinter Mauern. Geschlossene Grenzen als Gefahr für die offene Gesellschaft, Berlin: Suhrkamp 2023.
- HIRSCH, MICHAEL / JÖRG, KILIAN: Durchlöchert des Status quo! Autonome Zonen, Radikale Demokratie und Ökologie. Hamburg, Edition Nautilus 2025.
- KANT, IMMANUEL: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795), in: Kants Werke, Akademie-Textausgabe Bd. VIII, Berlin: De Gruyter 1968.
- KEUL, HILDEGUND: Schöpfung durch Verlust. Band I: Vulnerabilität, Vulneranz und Selbstverschwendung nach Georges Bataille. URN: urn:nbn:de:bvb:20-opus-235000, <https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/frontdoor/index/index/docId/23500> 27.12.2025
- LATOUR, BRUNO: Das terrestrische Manifest, Berlin: Suhrkamp 2018.
- MENKE, CHRISTOPH: Zurück zu Hannah Arendt – die Flüchtlinge und die Krise der Menschenrechte. Philosophiekolumne. Merkur, Heft 806, Juli 2016.
- SCHMALZ, DANA: Der Flüchtlingsbegriff zwischen kosmopolitischer Brisanz und nationalstaatlicher Ordnung. Kritische Justiz 48 (2015) 4, 390-404.
- VAN HEAR, NICHOLAS / COHEN, ROBIN: Refugia: Radical Solutions to Mass Displacement, London Routledge 2020.
- WHEATLEY, MARGARET / FRIEZE, DEBORAH: Using Emergence to Take Social Innovation to Scale, in: The Berkana Institute (2006), <https://berkana.org/resources/pioneering-a-new-paradigm/> 05.01.2026

